

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, Metin Kaya,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

zu Drs. 22/12684

Betr.: Hamburg braucht das Bündnis für kulturelle Freiräume

Seit 2022 existiert in Hamburg eine bundesweit einzigartige, spartenübergreifende Allianz: Unter dem Manifest #wirbrauchenräume treten Kunst-, Kultur- und Sozialräume gemeinsam für eine kultursensible Stadtentwicklung ein.

Mit einem eindrucksvollen Appell hat sich dieses Bündnis am 8. Februar 2023 an Senat und Bürgerschaft gewandt.

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien, haben 17 Initiativen stellvertretend den Wunsch geäußert, dass sich die Wertschätzung von Kunst und Kultur auch in der Boden- und Liegenschaftspolitik widerspiegeln soll (siehe: Wortprotokoll des Kulturausschusses vom 8. Feb. 2023, Ausschussprotokoll Nummer 22/20.) Vor allem aber haben sie in 13 konkreten Maßnahmen Ansätze formuliert, wie eine künftige Stadtentwicklungspolitik Kunst, Kultur, Soziales und Bildung systematisch in den Blick nehmen und von Anfang planerisch mitdenken kann.

Im Zentrum der vielen konstruktiven Vorschläge der Allianz steht ein Instrument, durch das Verwaltung, Politik und die organisierte Zivilgesellschaft in Form von partnerschaftlicher Kooperation gemeinsam und verbindlich für einen Ausbau von notwendigen Infrastrukturen für das Gemeinwesen arbeiten können: Ein Bündnis für kulturelle Freiräume, das in Trägerschaft der Senatskanzlei regelmäßig tagen soll.

Diese neue Form der Zusammenarbeit könnte nicht nur gezielt Strategien zur Sicherung bestehender Orte und der Etablierung neuer Räume entwickeln, sondern außerdem akute Problemfälle in Stadtentwicklungsprozessen schneller klären und die Kommunikation für alle Beteiligten insgesamt erheblich erleichtern.

Mit einem solchen Bündnis für kulturelle Freiräume entsteht die Chance, ein bundesweit einmaliges Kommunikationsformat zu entwickeln.

Diese Chance allerdings wäre verschenkt, wenn stattdessen lediglich ein runder Tisch „Nachtleben und Nachbarschaft“ ins Leben gerufen würde. Zum einen ist das Format „Runder Tisch“ nicht zwingend geeignet, um akut drängende sowie zukunftsrelevante Fragen zeitnah und gezielt anzugehen und eine verbindliche, lösungsorientierte Kooperation der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure zu gewährleisten. Zum anderen sollte die Ermöglichung eines Kommunikationsformates spätestens im 1. Quartal 2024 erfolgen. Die Präsentationen der Akteure haben deutlich gemacht, dass eine Vielzahl von Themen und Maßnahmen nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen.

Außerdem konzentriert sich der im rot-grünen Antrag vorgeschlagene runde Tisch „Nachtleben und Nachbarschaft“ vorrangig auf die, zweifelsohne wichtigen, drängenden Fragen der Livemusik-Spielstätten und Clubs. Die beeindruckende Vielfalt der

spartenübergreifenden Allianz von Kunst-, Kultur- und Sozialräumen, die unter dem Motto #wirbrauchenräume entstanden ist, würde dadurch nicht nur ignoriert, sondern vielmehr zurückgewiesen. Damit einhergehen würde das entmutigende Signal, dass zivilgesellschaftliche Selbstorganisation sich nicht lohnt, und der Einsatz für vielfältige, solidarische und demokratische Bündnisstrukturen ins Leere läuft.

Mit Blick auf die Stärkung einer Kultur des demokratischen Miteinanders gilt es, mit einem Bündnis für kulturelle Freiräume eine neue Kommunikationsstruktur zu schaffen, die in der Lage ist, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft auf ein neues, partnerschaftliches Niveau zu heben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Einrichtung eines Bündnisses für kulturelle Freiräume zum 1. Quartal 2024 unter Berücksichtigung der Vorschläge der Allianz #wirbrauchenräume zu prüfen,
2. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2023 zu berichten.